

Zu Punkt **9.1**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
30.6.2016



Antrag
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 30.6.2016

Wachstum statt Belastungen

Österreich liegt mit einer Steuer- und Abgabenquote von 43,8 Prozent des BIP weit über dem europäischen Schnitt (EU 28) von 39,9 Prozent (OECD Prognose für 2016). Schon alleine vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sind neue Steuern klar abzulehnen. Ganz im Gegenteil, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, die Beschäftigung und den Wohlstand der Bürger nachhaltig sicherzustellen, muss in Österreich dringend die Steuer- und Abgabenlast effektiv und spürbar gesenkt werden. Um wieder auf die Erfolgsspur zu kommen, braucht Österreich Wachstumsimpulse und nicht Rezepte von vorgestern.

Eines dieser alten Rezepte, die jüngst wieder andiskutierte Maschinensteuer, wäre eine nicht mehr zu verkraftende Mehrbelastung für die heimischen Unternehmen, würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe massiv schädigen, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes gravierend verschlechtern und so letztlich auch viele Arbeitsplätze und unseren Wohlstand gefährden.

Eine weitere altbekannte Forderung, die Arbeitszeitverkürzung, ist mit Sicherheit auch keine Lösung gegen steigende Arbeitslosigkeit und für wirtschaftlichen Aufschwung. Das Beispiel Frankreich zeigt das deutlich: Seit der Einführung der verkürzten Arbeitszeit kämpft das Land gegen steigende Arbeitslosigkeit, höhere Personalkosten und reduzierte Wettbewerbsfähigkeit.

Um Arbeitsplätze zu sichern, müssen Arbeitszeiten besser an die Bedürfnisse der Arbeitnehmer (Stichwort: leichtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf) und der Arbeitgeber (Stichwort: bessere Kapazitätsplanung und -steuerung) angepasst werden können. Dazu bedarf es entsprechend flexibler Gestaltungsmöglichkeiten im Arbeitsrecht.

Zudem forcieren Wachstumstreiber wie Investitionsprämien oder Erleichterungen für alternative Finanzierungsmöglichkeiten - wie etwa die Einführung eines Beteiligungsfreibetrages - zusätzliche Liquidität für unsere Betriebe und erhalten ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Die unterzeichnenden Delegierten stellen daher folgenden

Antrag:

Die Wirtschaftskammer Österreich spricht sich deutlich

- gegen die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe bzw. Maschinensteuer,
- generell gegen die Einführung neuer Steuern und Abgaben sowie
- gegen eine Arbeitszeitverkürzung aus.

Die Wirtschaftskammer Österreich fordert zur Stärkung des heimischen Wirtschaftsstandortes vielmehr

- die Senkung der Abgabenquote auf unter 40 Prozent,
- die Schaffung einer Investitionsprämie bzw. eines Investitionsfreibetrags,
- die Einführung eines Beteiligungsfreibetrags sowie
- eine Anpassung des starren Arbeitsrechts an die gesellschaftlichen Realitäten des 21. Jahrhunderts durch Lockerung der Arbeitszeitgestaltungsmöglichkeiten.



Jng. Mag. Alexander Klacska
Bundesspartenobmann



Ing. Josef Herk
Präsident



Mag. Siegfried Menz
Bundesspartenobmann